

Offener Brief

der Parents For Future Ravensburg



an
die Verwaltung und den Gemeinderat der Stadt Ravensburg,
die Schwäbische Zeitung,
die Einsatzkräfte,
den Regionalverband Bodensee-Oberschwaben
die regionalen Vertreter*innen der CDU und Freie Wähler

Vorbemerkung

Als Parents For Future Ravensburg sehen wir uns in der Verantwortung, die vielfach an uns herangetragenen Solidaritätsbekundungen und Fragen zu den Ereignissen vom 14. und 15. Mai in Ravensburg in Form eines Offenen Briefes zu bündeln und in die Öffentlichkeit zu tragen.

Die notwendige Auseinandersetzung und Aufarbeitung der Ereignisse rund um die friedlichen Klima-Protteste der vergangenen Tage nutzen wir, um weitere Aufmerksamkeit für die Themen und zentralen Anliegen für mehr Klimagerechtigkeit zu erzeugen. Auf eine Strategie, die auf Ablenkung oder weg von den Inhalten zielt, lassen wir uns ungeachtet der nachfolgenden Richtigstellungen und Forderungen zu einem fairen und respektvollen Umgang mit zivilen Formen des Protestes nicht ein.

Stattdessen stellen wir die Forderungen des in der Schussenstraße als Beweismittel konfiszierten Aktionsbanners voran:

- 1. Einhaltung des CO₂-Budgets für 1,5°-Grenze**
- 2. Soziale Verkehrswende**
 - a) Autofreie Innenstadt
 - b) Ambitionierter Ausbau der Radinfrastruktur
 - c) Kostenloser und ausgebauter ÖPNV
 - d) Spielplätze, Grünflächen und Bänke
 - e) Politik der kurzen Wege
- 3. Altdorfer Wald erhalten**
- 4. Regionalplan an wissenschaftliche Gegebenheiten anpassen**
 - a) Klimagerechte Verkehrswende
 - b) Lokaler Wald- und Trinkwasserschutz
 - c) Zukunftsgerechter Umgang mit Ressourcen
 - d) Bodenentsiegelung
 - e) Konsequenter Artenschutz
 - f) Naturschutzgerechte Landwirtschaft
- 5. Öffentliche Positionierung zur Verschärfung des Klimaschutzgesetzes von BaWü**

Solidaritätsbekundung

Wir Eltern, Familien, Freund*innen, Nachbar- und Anwohner*innen, zusammen mit vielen weiteren Unterstützer*innen, bringen unsere Solidarität mit unseren Kindern und den Bewohner*innen der Waldbesetzung bei Grund zum Ausdruck!

Dies schließt ausdrücklich die friedlichen Protestaktionen zur Umsetzung des Grundrechts auf Klimagerechtigkeit in Ravensburg am 14. und 15. Mai 2021 mit ein.

Wir sind stolz darauf, dass unsere Kinder gelernt haben, für sich und andere einzutreten. Wir bewundern ihr monate- mitunter jahrelanges Engagement, welches sie nicht nur mutig, sondern mit großer Ernsthaftigkeit und fundiertem Wissen für unsere Gesellschaft erbringen. Teilweise leben sie seit Dezember in Baumhäusern, seit Februar im Altdorfer Wald - bei Regen, Schnee und Kälte. Mit Nachdruck treten wir daher allen gewollten oder unbedachten Verunglimpfungen, Kriminalisierungsversuchen und Schikanen entgegen! Wir bitten und fordern Sie auf, die derzeit angespannte Situation nicht weiter anzuhetzen, sondern Ihren Teil zu einem gewaltfreien und konstruktiven Diskurs beizutragen.

Uns Eltern ist bewusst, dass die Form des Protestes teilweise ungewohnt, fordernd und neu für unsere Region ist. Die wissenschaftlich untermauerte Dringlichkeit eines entschlossenen und sofortigen Handelns, wie auch das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts geben den unmissverständlich vorgetragenen Forderungen der Klimaschützer*innen jedoch recht. In Anbetracht des immer bedrohlicher fortschreitenden Klimawandels haben wir volles Verständnis für die Vehemenz, mit der die junge Generation wirksame Sofortmaßnahmen und ihr verbrieftes Recht zur eigenen Zukunftssicherung einfordert. Das vom Bundesverfassungsgericht eindeutig bestätigte Recht auf Klimagerechtigkeit unter den Generationen muss endlich auch von den Verantwortlichen auf lokaler Ebene respektiert, wahrgenommen und umgesetzt werden.

Nicht die Aktivist*innen von heute sind zu laut, sondern die Generationen davor waren zu leise!

Der ungebremste Klimawandel macht deutlich, dass wir uns nicht länger mit wohlfeilen Ankündigungen und einer zögerlichen Symbolpolitik zurückliegender Jahre zufrieden geben können und dürfen.

Wir verwehren uns dagegen, besorgte Aktivist*innen, die das erkennen und sich dabei auf die Wissenschaft berufen, in die Nähe von Krawallmachern, Kriminellen oder politischen Wirrköpfen zu rücken.

An die Adresse der Stadt Ravensburg

Wir sind mit Ihnen im Konsens, dass gemeinsame Gespräche und Austausch wichtige Voraus-setzung sind, um unsere Stadt schnellstmöglich klimaneutral zu gestalten. Gesprächsangebote werden aber dann unglaubwürdig, wenn dazwischen kaum Substantielles passiert und entsprechende Angebote nur während laufender Aktivitäten gemacht werden. Der Kontakt von Seiten der Stadt zu den Klimaaktivist*innen beschränkte sich in den vergangenen drei Monaten, seit der freiwillig geräumten Baumbesetzung in

Ravensburg, auf ein einziges Email, das am 11. Mai 2021, um 17:07 Uhr vom zuständigen Ordnungsamtsleiter versandt wurde. Darin wurde in der Hauptsache darauf hingewiesen, dass Versammlungen auf Bäumen grundsätzlich untersagt sind. Neben dieser rechtlich zweifelhaften Aussage wurde lediglich eine unverbindliche Bereitschaft der Verwaltung zum Austausch über weitere Aktionsformen signalisiert. Ein verbindliches Gesprächsangebot mit Termin o.ä. hat es nicht gegeben. Von Seiten des Gemeinderates, der politischen Vertreter*innen oder den Stadtoberhäuptern hat es im oben genannten Zeitraum nicht gegeben. Vor und nach dem, am 01. Mai abgelaufenen und im gegenseitigen Einvernehmen vereinbarten dreimonatigen Ultimatum mit den bekannten Aktivist*innen, hat es die Stadt schlichtweg versäumt, eine entsprechende Initiative zu ergreifen.

Die spontanen Aktionen am Wochenende sind verständliche und offensichtlich notwendige Reaktionen junger Menschen, die sich durch das "Schneckentempo" und dem weiteren Aufschieben wirksamer Maßnahmen zur Einhaltung der Pariser Klimaziele auf lokaler Ebene hintergangen fühlen.

Als Parents For Future warten wir seit Wochen auf einen Terminvorschlag für ein von uns initiiertes Kooperationsgespräch, das uns mündlich vom Umweltamt in Aussicht gestellt wurde. Um schnellstmöglich zurück zu einem konstruktiven Miteinander zu kommen halten wir sehr gerne und ungeachtet der hier vorgetragenen Kritik daran fest.

- Ein Großaufgebot an Einsatzkräften, Hundeeinsatz, Drohnenüberwachung uvm. für drei junge Menschen in Hängematten aufzufahren, zeugt nicht von Stärke sondern von Ratlosigkeit und der bedenklichen Fehleinschätzung einer möglichen Gefahrenlage. Wir haben auch hier bis zu einem gewissen Punkt Verständnis für Ihre Gesamtverantwortung, aber das dar-gebotene Szenario vom vergangenen Samstag können wir nur als Abschreckungsversuch für weitere unerwünschte Proteste werten.
- Anstelle Steuergelder für unnötige Großeinsätze zu vergeuden, erwarten wir endlich ernsthafte Maßnahmen zur Begrenzung der Klimaerwärmung. Diese müssen über Appelle zur individuellen Verantwortung und den beschränkten Wirkungsbereich jedes Einzelnen hinausgehen.
- Ihre Stellungnahme zu den Vorgängen in und über der Schussenstraße am 15. Mai werten wir als unglücklichen und gekränkten Versuch, die Stimmung in der Stadt zu Ungunsten der Klimaschützer*innen zu beeinflussen. Das ist Ihr gutes Recht, aber vermeiden Sie dabei bitte falsche Darstellungen! Sie führen beispielsweise ein Kohlmeisenpärchen im Nistkasten am Baum in der Bachstraße ins Feld, das angeblich "*bei der Brut gestört wurde*". Da die Vögel auch während der Anwesenheit der beiden Aktivist*innen und bis zu sechs Polizeikräften zur Fütterung der längst geschlüpften Jungen Im Nistkasten munter aus und eingeflogen sind, kann nicht von einer ernsthaften Störung ausgegangen werden. Kurzfristig wurde von Seiten der beiden Teilnehmer*innen überlegt, aufgrund der Vögel die Versammlung im Baum abzubrechen. Zur Abwägung wurde per Mobiltelefon ein Vogelkenner kontaktiert.
- Sie lassen als Stadt nicht nur wertvolle Tage und Monate verstreichen, ohne längst überfällige Schritte für eine Verkehrswende in Ravensburg einzuläuten, sondern blockieren weiterhin entsprechende Initiativen aus der eigenen Bürgerschaft. Die deutliche Botschaft, die Ihnen die jungen Aktivist*innen mit Ihrem Banner und der eigenen Präsenz über der Schussenstraße senden, mag Ihnen nicht gefallen. Aus unserer und der Sicht vieler Passant*innen und Anwohner*innen, ist diese in Inhalt und Form bezüglich der Versäumnisse der Stadt Ravensburg durchaus angemessen und offensichtlich notwendig.

- Die Tatsache, dass nach dem stadtweiten Klimakonsens von 2020 ein ganzes Jahr verstreichen muss, um einen vierköpfigen Klimarat zu berufen, der nur wenige Male im Jahr tagen soll und dabei auf die Einbeziehung regionaler Expertise verzichtet, macht deutlich, welchen Stellenwert Klimaschutz in Ravensburg hat. Wir fordern Herrn Oberbürgermeister Rapp auf, Klimapolitik endlich zur vordringlichen Chefsache zu machen!
- Lösen Sie bitte öffentlichkeitswirksam inszenierte Ankündigungen, wie "Wir wollen die Nummer Eins in Sachen Photovoltaik werden" durch konsequentes Anpacken ab. Seit Februar ist die Stadt beim bundesweiten "Wattbewerb" dabei. Das freut uns, doch nichtinformierte Bürger*innen werden bislang nicht mitgenommen. Das sollte unbedingt der Fall sein. Die Erstellung einer *Klimamarke* scheint Ihnen wichtiger und ist an sich noch kein Klimaschutz. Nach erfolgreicher Umsetzung ihrer Ziele, freuen wir uns gerne gemeinsam über mögliche Auszeichnungen, diese sind aber nicht unsre vordringlichen Anliegen.

An die Adresse der Schwäbischen Zeitung

Weite Teile der Berichterstattung zu den Ereignissen des vergangenen Wochenendes in Ravensburg haben wir mit Kopfschütteln zur Kenntnis genommen. Entgegen deutlich ausgewogeneren und sachlich begründeten Artikeln der vergangenen Monate empfinden wir vieles, das Sie in den letzten Tagen geschrieben haben, als unangebracht, einseitig und einer christlich geprägten, unabhängigen Presse unwürdig!

Wir erwarten von ihnen durchgängige Sorgfalt und Faktentreue in der Berichterstattung, wie sie beispielsweise im Artikel "Das Wachstum und die Kosten" vom 18.05. gegeben war.

- Wir stellen fest, dass sich die Schwäbsche Zeitung zum wiederholten Male durch ungeprüfte Polizeiangaben, z.B. bezüglich verwendeter Materialien bei der Aktion über der Schussenstraße in die Irre führen lässt. Hätten Sie die Ihnen zugegangene Pressemitteilung der Aktivist*innen und entsprechende Hinweise in Ihren eigenen digitalen Plattformen bei Facebook und Co. zur Kenntnis genommen, könnten Sie nicht tagelang die Mär von einem "Stahlseil" verbreiten, das angeblich über die Straße gespannt wurde. Wie mehrfach hingewiesen wurde, kamen wie auch schon vor drei Monaten ausschließlich die für Bäume unbedenklichen Polypropylen-Seile in der Stärken 12mm und 14mm zum Einsatz. Unverständlich, dass Sie nach der gleichlautenden und belegten Falschmeldung im Dezember 2020 erneut diese falsche Angabe der Polizei unüberprüft übernehmen und weiter verbreiten.
- Wider besseren Wissens berichten Sie in mehreren Beiträgen, dass die Aktivisten die Straße stundenlang blockiert hätten. Bitte bleiben Sie bei den Tatsachen! Es war die Polizei, die abgesperrt hat, bevor Klimaaktivist*innen, wie auch ansonsten unbeteiligte Ravensbürger*innen, den freien Platz zum Spielen, Singen und anderen Aktivitäten nutzten. Die relativ kurz andauernde Räumung - nach erfolgloser Versammlungsauflösung – mit dem Wegtragen von ca. 10 Personen durch Polizeibeamt*innen als stundenlange Blockade zu bezeichnen, ist unredlich.
- Als einseitiger Journalismus ist auch die Tatsache zu werten, dass Sie neben den kritischen Stimmen in Ihrer Berichterstattung nicht auch den vielfach artikulierten Zuspruch von Anwohner*innen und Passant*innen zu den Zielen und zur Aktion selbst berücksichtigen.

- Im Zusammenhang mit der erfolgten in Gewahrsamnahme in Friedrichshafen bleibt fraglich, warum Sie sich auf die Aufzählung verschiedener erlaubter maximaler Polizeimaßnahmen beschränken. Die berechnigte Frage, ob ein Ausschöpfen aller rechtlichen Ermessensspielräume bei friedlichen, jungen Klimaaktivist*innen tatsächlich verhältnismäßig war, lassen Sie einfach aus.
- Zwischenzeitlich entstand der Eindruck, dass Sie sich in Ihrer Berichterstattung auf die ausführliche Berichterstattung zur Form und möglichen Ahndung der Aktivitäten beschränken. Ihnen vorliegende Hintergründe und Beweggründe, warum die kritisierten Aktionsformen gewählt wurden, haben Sie leider gänzlich ausgeklammert, obwohl Sie dazu immer rechtzeitig informiert wurden. Eine differenzierte Meinungsbildung zu den genannten Ereignissen wurde Ihren Leser*innen damit leider vorenthalten.

Generell bitten wir Sie, bei Ihrer Wortwahl besser auf die Wirkung von martialischen oder verunglimpfenden Ausdrücken wie: "der harte Kern", "selbsternannte Klimaschützer" zu achten! Lassen Sie die Kirche im Dorf – hier gibt es keine auf Krawall gebürsteten Chaoten. Dies gilt übrigens auch für auswärtige Aktivist*innen, die das gemeinsame Anliegen unterstützen. Nur weil ein Mensch z.B. aus Konstanz oder Ulm anreist, besteht keine Veranlassung ihn verdächtig erscheinen zu lassen.

An die Adresse der Einsatzkräfte

Die Erfahrungen, die wir selbst oder unsere Kinder in den vergangenen Tagen machen mussten, sind teilweise skandalös, einer bürgernahen Polizei unwürdig und absolut inakzeptabel. Es stimmt uns traurig, hier extra betonen zu müssen, dass es von Seiten der Klimaaktivist*innen seit Beginn der Baumbesetzungen in Ravensburg, wie auch bei Grund, noch nie zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gekommen ist. Ob überhaupt und in welchen Bereichen von Ordnungswidrigkeiten einzelne in Ravensburg gewählten Protestformen fallen, darüber werden wohl erst Gerichte befinden müssen.

Bewahren Sie die Verhältnismäßigkeit und berücksichtigen Sie innerhalb Ihrer gesetzlich vorgesehenen Spielräume wen Sie vor sich haben: Unbescholtene junge Bürger*innen, die mit ihren friedlichen Formen des zivilen Ungehorsams auf die Umsetzung ihres verbrieften Rechtes auf Klimagerechtigkeit bestehen!

- Hören Sie auf, uns und unsere Kinder mit überzogenen Maßnahmen in die Ecke von Krimi-nellen zu rücken. Sie müssen den rechtlichen Rahmen nicht bei engagierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen ausreizen. Es war sicher nicht nötig, eine junge Frau sich bis auf den Slip entkleiden zu lassen, um sie so die ganze Nacht in Gewahrsam zu belassen.
- Unverständlich bleibt, warum es den in Gewahrsam befindlichen Aktivist*innen in Friedrichshafen verwehrt wurde Corona-Schutzmasken zu tragen.
- Es ist völlig unangemessen, dass Sie Eltern in ihren Fahrzeugen z.B. auf dem Weg zu Versammlungen oder privaten Anlässen weiterhin mit Zivilstreifen observieren und kilometerlang verfolgen. Wir haben nichts zu verbergen!

So wie Sie zu Recht das Einhalten von Regeln und Bestimmungen von den jungen Aktivist*innen einfordern, erwarten wir, dass Sie sich ebenfalls an Ihre Vorschriften halten.

- Hören Sie beispielsweise auf, Jugendliche zu bedrängen und unter Druck zu nötigen, persönliche Angaben zu machen, zu denen sie gesetzlich nicht verpflichtet sind. Telefonnummern und andere Auskünfte können Sie sich auf anderem Wege beschaffen.
- Bei zukünftigen Beschlagnahmungen von persönlichen Gegenständen (z.B. Rucksäcken und deren Inhalt) erwarten wir, dass Sie Ihrer Verpflichtung nachkommen, diese schriftlich zu protokollieren und ein entsprechendes Formular auszuhändigen, um so eine spätere Rückgabe zu ermöglichen.
- Unterlassen Sie bei Personenkontrollen von Jugendlichen Leibesvisitationen im öffentlichen Raum, die bis unter die Unterwäsche gehen! Das ist menschenunwürdig und wird zukünftig mit Dienstaufsichtsbeschwerden bedacht werden.
- Bitte tragen Sie selbst, in der Gruppe, in Fahrzeugen oder im Freien Corona-Schutzmasken - zum Infektionsschutz und in Ihrer Vorbildfunktion.
- Respektieren Sie das weitreichende Versammlungsrecht, das auch unangemeldete Spontanversammlungen mit einschließt.

Mit derartigen Grenzüberschreitungen, auf die Sie von Eltern und Jugendlichen regelmäßig und zu Recht hingewiesen werden, erwecken Sie keinerlei Sympathie, sondern verlieren vielmehr an Respekt, den wir Ihrem Berufsstand ansonsten selbstverständlich entgegenbringen.

An die Adresse des Regionalverbandes

Da sich die Bekämpfung des Klimawandels nicht auf die städtischen Grenzen beschränken kann, wenden wir uns an Sie als wichtigen kommunalen Adressaten. Wir bezweifeln nicht, dass Sie Ihre Arbeit zur Erstellung der Regionalplanentwürfe gemäß gültiger Verfahrensregeln durchführen.

Dennoch sind wir überzeugt, dass Sie mit dem Festhalten am vorliegenden Regionalplan-Entwurf national und international verbindliche Verpflichtungen zur Einhaltung des 1,5°C Limit überschreiten und entsprechende Vorgaben des Landes und des Bundes ignorieren. Wir geben Ihnen mit Ihrem Festhalten am Paradigma eines fortwährenden Wachstums, mit dem ignorieren akribisch nachgewiesener Planungsfehler, mit dem Verzicht auf eine aktive und klimarelevante Lenkungswirkung bei gleichzeitig fraglicher Interessensvertretung eine wesentliche Verantwortung dafür, dass Menschen auf Bäume klettern. Welche andere Wahl lassen Sie jungen Bürger*innen, die sich gegen den über-zogenen Flächenverbrauch, für eine Verkehrswende und gegen weitflächige Rodungen zugunsten privatwirtschaftlicher Interessen (z.B. im Kiesabbau) stellen möchten?

Mit Ihrem Versuch der weiteren Festschreibung des klimaschädlichen Natur- und Ressourcen-verbrauchs tragen Sie in unverantwortlicher Art und Weise maßgeblich zur Spaltung in unserer Gesellschaft bei.

Ihre aus Steuergeldern finanzierten Werbesprüche auf dem Gelände der Landesgartenschau in Überlingen sind nicht nur fehl am Platz, sondern provozieren viele Besucher*innen.

An die Adresse großer Teile der Lokalvertreter*innen der CDU und Freie Wähler in den Landkreisen Bodensee, Ravensburg und Sigmaringen

Mit Ihrer Mehrheit im Regionalverband zählen Sie zusammen mit der IHK zu den überzeugten Verfechtern einer wachstumsorientierten Politik, die oftmals wirtschaftliche Einzelinteressen vor das Gemeinwohl stellt.

Wir appellieren an Sie, überholte und teils ideologisch geprägte Denkmuster zu überwinden und sich den Erfordernissen unserer Zeit zuzuwenden. Tragen Sie jetzt dafür Sorge, dass unsere Region nicht noch weiter den Anschluss verliert an zukunftsweisenden Formen des nachhaltigen und sozialverträglichen Wirtschaftens und Zusammenlebens. Viele engagierte Unternehmen und Betriebe in der Region machen doch seit Jahren vor, wie das zum Wohle aller funktioniert!

- Wir bezweifeln, dass die deutlich gestiegene Ausweisung immer neuer Baugebiete, die aktuell unter Ausnutzung aller rechtlichen Spielräume passiert, in erster Linie dem Bevölkerungsdruck geschuldet ist. Vielmehr stellen wir fest, dass der Ausverkauf freier Flächen als kurzfristige Einnahmequelle für Gemeinde- und Ortskassen dient. Entsprechende Werbetafeln in den von Ihnen dominierten Gemeinden belegen dies anschaulich.
- Die diffamierende politische Agitation im Namen des CDU-Ortsverbands Ravensburg zu den Ereignissen des vergangenen Samstags (siehe Schwäbische Zeitung vom 19. Mai) entbehren jeglichen Respekt im politischen Diskurs. Wir weisen die geschmacklosen Anspielungen und Diffamierungen zurück, die durchweg friedlich engagierte und überwiegend junge Leute in eine Ecke mit Linksextremismus stellen. Mit aus der Luft gegriffenen Behauptungen wie *"regelmäßigen Rechtsbruch der sogenannten Klimaaktivisten"* oder *"sie wetteifern intern um die Anerkennung ihrer Straftaten"*, als auch die Dreistigkeit als Minderheits-Fraktion den Städtischen Dialog als gescheitert zu erklären, stellen Sie sich weiter ins politische Abseits. Sie untermauern damit aufs Neue den Eindruck, dass es Ihnen nicht um die Sache, sondern lediglich um die eigene Profilschärfung durch Polarisierung geht.
- Wer sich nicht von verbalen Entgleisungen wie denen von Herrn Bubeck (Bürgermeister von Mengen) aufs Schärfste distanziert, hat nicht verstanden, dass Bürgerbeteiligung und Kritik schützenswerte Bestandteile unserer Demokratie sind. Öffentliche Äußerungen von Herrn Bubeck (CDU), der Parallelen zieht zwischen einer angemeldeten, friedlichen Versammlung im März 2021 mit überwiegend älteren Bürger*innen und dem gewaltsamen Sturm auf das Kapitol in den USA, sind nicht nur zynisch gegenüber den Todesopfern, sondern zeugen von einem eklatanten Mangel an Diskursfähigkeit.

Schlussbemerkung

Ungeachtet unserer Empörung und des Unverständnisses bezüglich oben genannter Vorgänge, bauen wir weiter auf einen ernsthaften Dialog, der den Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel gerecht werden muss.

Mit Dialog allein werden wir den Temperaturanstieg allerdings nicht stoppen können!

Als Teil des Aktionsbündnisses für einen zukunftsfähigen Regionalplan fordern wir daher im Schulterschluss mit unseren Kindern und der Baumbesetzung im Altdorfer Wald

leidenschaftlich und mit der nötigen Schärfe tatkräftiges und wirksames Handeln von den politisch Verantwortlichen ein.

Auch in Ravensburg, der liebevollen Stadt der Spiele, können wir uns keine politisch motivierten Spielchen oder ein weiteres Kräftemessen gegeneinander leisten.

Der Klimawandel lässt nicht mit sich spielen!

Uns allen muss doch klar sein, dass wir gegen den Klimawandel nur gemeinsam mit Tatkraft und Schläue bestehen, oder gemeinsam verlieren werden.

Solange nicht alle wichtigen Protagonist*innen in Ravensburg und darüber hinaus dazu bereit oder in der Lage sind, selbst umzudenken und die Dringlichkeit, die uns die Natur vorgibt, zu verstehen, wird es dazu weiterhin symbolhafte Protestaktionen geben.

Ravensburg, 19. Mai 2021

gez. Parents For Future Ravensburg